

3. Sitzung Aktionsbündnis Klimaschutz im Maritim Hotel, Friedrichstrasse 151, Saal II in 10117 Berlin am 12. April 2016 von 09:00 bis 16:00 Uhr

PROTOKOLL

Teilnehmeranzahl (*Liste in Anlage*): ca. 120 Vertreterinnen und Vertreter von Interessengruppen, Verbänden, Ländern und Kommunen, verteilt auf 14 Bänke, sowie Vertreter(innen) der Bundesregierung.

TOP 1: Einführung von Herrn Staatssekretär Jochen Flasbarth:

- Das Wiener Format, in welchem das Aktionsbündnis stattfindet, ist mittlerweile eingeübt und bietet eine gute Form um Themen zu diskutieren.
- Die Anzahl von ca. 120 Teilnehmern zeigt das große Interesse, das an der intensiven Diskussion und der Unterstützung der Umsetzung der Maßnahmen des Aktionsprogramms vorhanden ist.
- Diese Unterstützung ist auch notwendig, denn es liegt noch ein gutes Stück an Weg vor uns, das gesteckte Ziel – 40 Prozent Treibhausgasreduktion im Jahr 2020 gegenüber 1990 – tatsächlich auch zu erreichen.
- Der Unterschied zwischen dem Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 (APK 2020) und dem Klimaschutzplan 2050 liegt im betrachteten Zeithorizont. Während das APK 2020 zum Emissionsminderungsziel von -40% bis 2020 beiträgt und konkret einzelmaßnahmenorientiert ist, wird der Klimaschutzplan 2050 Korridore und mit Maßnahmen hinterlegte Perspektiven aufzeigen, um in Deutschland im Jahr 2050 weitest gehende Treibhausgasneutralität zu erreichen.
- Seit der Verabschiedung des Aktionsprogramms Klimaschutz 2020 (APK) wurde - das zeigt der Klimaschutzbericht 2015 – Vieles auf den Weg gebracht und einige der Maßnahmen des Aktionsprogramms schon umgesetzt. So wurde beispielsweise die Novellierung der Düngemittelverordnung vorangetrieben und Haushaltsmittel in erheblichem Umfang insbesondere zur Umsetzung der zahlreichen Fördermaßnahmen des bereitgestellt.
- Das Aktionsbündnis hat zum Ziel, die Umsetzung Maßnahmen zu diskutieren, eigene Vorschläge aus dem Bündnis heraus zu entwickeln oder, für den Fall, dass Maßnahmen nicht oder nicht in dem erforderlichen Maße umgesetzt werden an anderer Stelle zu prüfen, ob geeignete Puffer aufgebaut werden können.
- Das unterstreicht nochmals die große Bedeutung des Aktionsbündnis ´, gerade auch weil mittlerweile der Bereich an Gemeinsamkeiten innerhalb der Bündnisteilnehmerinnen und – Teilnehmer wächst, auch wenn es nicht immer eine vollständige Übereinstimmung gibt.
- Den Rücklauf der letzten Veranstaltungen aufgreifend, das Diskussionsformat mehr interaktiv und offener auszurichten soll in der Sitzung eine offene Diskussion unterstützt und ein Dialog zulassen werden.
- Besonderer Dank an die Bank Land- und Forstwirtschaft, die in breiter, Bänke übergreifender Beteiligung ein Dokument erarbeitet hat, welches in der heutigen Sitzung des Aktionsbündnis ´ vorgestellt werden soll.

Erläuterung zu den verwendeten Abkürzungen für die Bezeichnungen der Bänke:

- Wirtschaft übergreifend, Industrie, GHD: „Wirtschaft“

- Mittelstand/KMU/Handwerk: „Mittelstand“
- Gebäude-/Wohnungswirtschaft/Private Haushalte: „Gebäude“
- Verbraucher-/Mieterschutz: „Verbraucherschutz“
- Abfallwirtschaft und übrige Emissionen: „Abfallwirtschaft“,
- Umwelt- Natur- und Klimaschutz: „Umwelt“
- Gewerkschaften, Sozialverbände: „Gewerkschaften“
- Entwicklungszusammenarbeit: „Entwicklung“

TOP 2: Klimaschutz in der Land- und Forstwirtschaft

Vorstellung eines Themenpapiers durch die Bank Land- und Forstwirtschaft (*Hinweis: Das Themenpapier sowie eine Übersicht der an der Erarbeitung des Themenpapiers beteiligten Institutionen/Personen ist steht unter <xxx LINK einfügen> zur Verfügung*):

Person/Institution	Vortrag
<p>Steffen Pinggen Deutscher Bauernverband e.V.</p>	<p>Übergreifende Anmerkungen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Aufgabe übernommen, ein Papier zu Klimaschutz in der Land- und Forstwirtschaft zu erarbeiten. • Bei der Erarbeitung des Papiers waren insgesamt mehr als 30 Institutionen eingebunden. Diese haben sich insgesamt vier Mal getroffen. Zwei der Sitzungen wurden durch eine externe Moderation begleitet. • Basierend auf dem APK 2020 wurden Maßnahmen gesucht, die den Aktionsplan ausgestalten und die Zielerreichung unterstützen. • Sofern zu Einzelpunkten kein Konsens zu erzielen war, ist dies im Themenpapier gesondert vermerkt. • Dank an Hr. Osterburg vom Thünen Institut für die wissenschaftliche Einordnung verschiedener Schwerpunkte, welche für die Diskussion als fachliche Grundlage sehr hilfreich war • Das Papier „Diskussion und Vorschläge der Bank Land- und Forstwirtschaft“ beinhaltet Vorschläge für die Bereiche 1. Einsatz von Biokraftstoffen in der LuF¹, 2. Nutzung von Reststoffen in Biogasanlagen, 3. Reduzierung von Lachgasemissionen, 4. Ökologischer Landbau, 5. Aufbau und Stabilisierung des Humusgehaltes in landwirtschaftlichen Mineralböden, 6. Moore, 7. Dauergrünland, 8. Ernährung, 9. Forstwirtschaft, 10. Nutzung von Holz als Baustoff. • Die Vorstellung der Maßnahmen wird von 5 Vertretern der Arbeitsgruppe der Bank LuF vorgenommen. <p>Einsatz von Biokraftstoffen in der Land- und Forstwirtschaft</p> <p>Konsens bestand darüber, dass eine Förderung für den dezentralen Biokraftstoffeinsatz für den begrenzten Bereich der Nutzung in Land- und Forstwirtschaft sinnvoll ist besonders für Biomethan und Pflanzenöle.</p> <p>Nutzung von Reststoffen in Biogasanlagen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Potenziale werden nicht ausreichend genutzt, Tür im aktuellen EEG nutzen, um eine Förderung von Kleinanlagen voranzubringen, zusätzlichen Flächennutzungskonflikte sind zu vermeiden (Anhebung vorgesehen, großer Anteil von Wirtschaftsdünger) <p>Reduzierung der Lachgasemissionen</p> <p>Novelle der Düngeverordnung: Dissens zum Thema Stickstoff-Überschussabgabe und Einführung Hoftorbilanz,</p>

¹ Land- und Forstwirtschaft

	<p>Abbau der Tierbestände u. flächengebundene Tierhaltung: Verweise auf Papier um Konsens Maßnahmen aufzuarbeiten Konsens erzielt werden konnte für eine Reihe von Maßnahmen zur Erhöhung der Stickstoffeffizienz und zur Förderung des Einsatzes verlustmindernder Techniken.</p>
<p>Gerald Wehde Bioland e.V.</p>	<p>Ökologischer Landbau</p> <ul style="list-style-type: none"> • Thema Ökolandbau ist im APK 2020 bereits verankert • Ziel von 20% Ökolandbau (ÖLB) ist in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie festgelegt • 2014 wurde jedoch auf 6,3% der landwirtschaftlich genutzten Fläche ökologischer Landbau betrieben. • Die Schere zwischen steigender Nachfrage (Marktvolumen) und Erhöhung des Flächenanteils an ÖLB geht weiter auseinander. • Wichtige Maßnahmen <ul style="list-style-type: none"> ○ Aufstockung Bundesprogramm Ökologischer Landbau auf 60 Mio. Euro (Haushalt 2017) ○ Ausbau der Agrarforschungsmittel für den ÖLB auf 7 % ○ stabile Förderbedingungen für die Umstellung und Beibehaltung des ÖLB (Sicherstellung bis 2020, teilweise jetzt schon Förderstopps im Saarland) ○ EU-weite einheitliche Umsetzung der EU-Ökoverordnung ○ Ökomarkt an heimische Ökorohstoffe koppeln ○ Förderung der Verbraucheraufklärung <p>Aufbau und Stabilisierung des Humusgehaltes in landwirtschaftlichen Mineralböden</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wichtig, organische Substanz erhalten und Potenziale mehren • Konkurrenz Nutzung von Biomasse vs. Anreicherung im Boden berücksichtigen • Multifunktionalität der humusmehrenden Maßnahmen sichern • Maßnahmen <ul style="list-style-type: none"> ○ Förderung humusmehrender Fruchtfolgen u. Leguminosenanbau ○ Forschung zur sinnvollen Verwendung von Biomasse ○ Klärung der Klimawirkung verschiedener Optionen zur Stabilisierung und langfristigen Anreicherung von organischer Substanz im Boden ○ Prüfauftrag zum vorhandenen THG-Senkenpotenzial
<p>Dr. Wendelin Wichtmann Michael Succow Stiftung</p>	<p>Moore</p> <ul style="list-style-type: none"> • Moore sind große Kohlenstoffspeicher • Wiedervernässung bietet großes Klimaschutzpotenzial, zu dessen Umfang aber kein Konsens besteht. • Das APK 2020 geht bei Wiedervernässung von einem Einsparpotenzial von 1,5-3,4 Mio. t CO₂äq. aus. • Maßnahmen <ul style="list-style-type: none"> ○ Aus- und Weiterbildung zum klimafreundlichen Umgang und Bewirtschaftung von wiedervernässten Mooren

	<ul style="list-style-type: none"> ○ auf allen Ebenen ○ Schaffung von Transparenz über den Flächenumfang von Mooren, Anmooren und organischen Böden ○ Wiedervernässung von nicht land- und forstwirtschaftlich genutzter Böden Flächenpotential jedoch sehr gering ○ Vorzüglichkeit von Produkten von Moorstandorten herstellen (Produkte müssen auf dem Markt etabliert werden) ○ Initiierung von Forschungs- und Demonstrationsvorhaben ○ Entwicklung von Kriterien für standortspezifische Nutzungsalternativen ○ Erhalt der Prämienfähigkeit der wiedervernässten Flächen und Förderung als AUKM (Umstellungs- u. Beibehaltungsförderung) ○ Entwicklung von Förderprogrammen für Kompensation von Landwirten/Eigentümern ○ Investitionsförderung für Spezialtechnik zur Nutzung von wiedervernässten Standorten Anerkennung einer Umstellung auf nasse Bewirtschaftung als Kompensationsmaßnahme ○ Vorzüglichkeit von klimafreundlichen Torfersatzstoffen herstellen
<p>Reinhilde Benning Germanwatch e.V.</p>	<p>Dauergrünland</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Es konnte kein Konsens erzielt werden über ordnungsrechtliche Maßnahmen zum Grünlanderhalt, auch nicht auf kohlenstoffreichen Böden. ● Die Düngeverordnung liegt noch nicht vor, daher können Auswirkungen noch nicht mit eingerechnet werden. ● Konsens herrscht <ul style="list-style-type: none"> ○ Herstellung von Rechtssicherheit über die Beibehaltung des Ackerstatus von zeitweise begrüneten Flächen ○ wirtschaftliche Vorzüglichkeit von Grünland ist herzustellen (z.B. durch Förderanreize, Produktkennzeichnung) <p>Ernährung</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Auf die Ernährung sind ca. 13% der durchschnittlichen THG-emissionen pro Jahr und Person zurückzuführen. ● Es besteht Dissens über steuerliche Instrumente, wie bspw. eine Anhebung der MWSt. auf klimabelastenden Nahrungsmittel. ● Maßnahmen <ul style="list-style-type: none"> ○ Verbraucheraufklärung über Klimaauswirkungen der Ernährung ○ gesetzliche Änderung der Vorgaben für das Mindesthaltbarkeitsdatum zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung und für einen bewussteren Umgang mit Lebensmitteln ○ Aktionsprogramm zur Senkungen der Lebensmittelverschwendung (z.B. durch Preisgestaltung für Lebensmittel, Verpackungsgrößen, Disponierung) ○ Prüfung gesetzlichen Vorgaben anderer Länder zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen (z.B. Frankreich) auf Wirksamkeit und Übertragbarkeit in Deutschland ○ bei der Beschaffung von Lebensmitteln der öffentlichen Hand Berücksichtigung von ökologischen und klimarelevanten Eigenschaften (z.B. in Kantinen).

<p>Simon Karrer Bergwaldprojekte e.V.</p>	<p>Forstwirtschaft</p> <ul style="list-style-type: none"> • Der Wald ist der größte terrestrische Kohlenstoffspeicher und Kohlenstoffsenke. • Es konnte kein Konsens erzielt werden <ul style="list-style-type: none"> ○ zur Förderung der Resilienz von heimischen Laub- und Mischwäldern ○ zur Erhöhung des Waldkohlenstoffspeichers durch Altholz ○ zum Einsatz von Pflanzenschutzmitteln ○ zur Überarbeitung des Holzerlasses der Bundesregierung. • Als Maßnahmen gemeinsam vorgeschlagen wurden: <ul style="list-style-type: none"> ○ Prüfung der Ziele der Waldstrategie im Hinblick auf den Aufbau des Vorratsspeichers Wald ○ Waldumbau zur Anpassung an den Klimawandel (Mischwälder) ○ Weiterführung und Ausbau des Waldklimafonds <p>Nutzung von Holz als Baustoff</p> <ul style="list-style-type: none"> • Zweifach positiver Klimaeffekt bei der Verwendung von Holz als Baustoff: <ul style="list-style-type: none"> ○ langfristige Einlagerung von Kohlenstoff im Gebäudebestand und ○ Substitution von treibhausgasintensiven Baustoffen • Vorschläge für Maßnahmen <ul style="list-style-type: none"> ○ Förderung von Holz als Baustoff (z.B. als Marktanreizprogramm) ○ Forschung u. Entwicklung zu innovativen Holzwerkstoffen aus Laubhölzern zu Inwertsetzung von Laubholz ○ Förderung von F&E zu Kaskadennutzung ○ Förderung von Verwendung von langlebigen einheimischen Holzprodukten • Die Bank Land- und Forstwirtschaft bietet an, das Papier an dieser Stelle noch weiter zu konkretisieren.
<p><i>Anmerkung von Staatssekretär Flasbarth: Dank an alle Beteiligten und besonders an den Bauernverband für die Koordinierung. Das Papier ist eine sehr hilfreiche Zusammenstellung von Konsens und Dissens zu diesem Thema.</i></p>	

Anschließende Diskussionsrunde, moderiert durch Staatssekretär Jochen Flasbarth

Bank	Person/Institution	Inhaltliches Statement
------	--------------------	------------------------

3. Sitzung Aktionsbündnis Klimaschutz im Maritim Hotel, Friedrichstrasse 151, Saal II in 10117 Berlin am 12. April 2016 von 09:00 bis 16:00 Uhr

BMUB & RESSORTS	Swantje Nilsson BMEL	<ul style="list-style-type: none"> • Dank an alle Beteiligten • Die angesprochenen Themen stellen große gesellschaftliche Herausforderungen dar • Hier sollte Ziel sein, einen Konsens zu finden • Die Bank hat noch nicht viele Maßnahmen identifiziert, die sie direkt umsetzen könnten, sondern eher Forderungen an Bundesregierung formuliert • BMEL wird diese im Haus reflektieren • Große Anstrengung: Dichte der Prozesse darf echte Partizipation nicht behindern, es muss weitere Schritte geben. Der APK 2020 Prozess kann Ideen liefern, welche den 2050 Prozess beeinflussen.
Stoffliche Verwertung von Holz		
KOMMUNEN	Dr. Dag Schulze Klima-Bündnis e.V.	<ul style="list-style-type: none"> • Werkstoff Holz ist bisher unterschätzt worden, Werkstoffeigenschaften teils besser als Stahl; • Holzbauweise ermöglicht auch Wegfall von Klimaanlage, spart Strom und begünstigt gutes Raumklima
GEBÄUDE	Corinna Merzyn Verband privater Bauherren e.V.	<ul style="list-style-type: none"> • Die CO₂-Emissionen des Transportes des Werkstoffs Holz sollten in der Gesamtbilanzierung berücksichtigt werden • Daneben besteht eine Nutzungskonkurrenz zwischen stofflicher Verwendung bspw. als Werkstoff bzw. Baumaterial und der Verwendung als Brennstoff. Schon jetzt wird mehr Holz verbraucht als nachwächst. • Vor diesem Hintergrund ist Vorsicht geboten, einseitige Förderprogramme zur Holzverwendung aufzulegen
<i>Anmerkung von Staatssekretär Flasbarth: Ist der Konflikt zwischen dem Aufbau des Waldvorrates und der verstärkten Holznutzung auflösbar? Die Langlebigkeit für die Nutzung von Holz sollte erhöht werden und nicht in Konflikt mit den Waldvorräten stehen.</i>		
UMWELT	Stefan Adler Naturschutzbund Deutschland	<ul style="list-style-type: none"> • Es ist eine große Menge an Holz vorhanden. Das Problem ist die Verteilung: seit 2012 wird 50% des Holzes direkt verbrannt. Doch der Kohlenstoffspeicher muss verlängert werden. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob eine staatliche Förderung der energetischen Nutzung von Holz überhaupt sinnvoll ist. • Das Thema Bio-Raffinerien wurde noch nicht angesprochen. Es können ganze Produktreihen aus Zellulose ersetzt werden. Der momentane Verbrauch von Brennstoffen muss zurückgehen, denn Energieholz liefert keinen nennenswerten Beitrag zur Energiewende (alle Energiesektoren betrachtend). Energieholznutzung erhöht aber den Verteilungskonflikt um den Einsatz von langlebigen Holzprodukten, Der Einsatz von Bioraffinerien wird den Verteilungskonflikt weiter erhöhen.
<i>Anmerkung von Staatssekretär Flasbarth: Gibt es dazu auch noch andere Sichtweisen?</i>		

3. Sitzung Aktionsbündnis Klimaschutz im Maritim Hotel, Friedrichstrasse 151, Saal II in 10117 Berlin am 12. April 2016 von 09:00 bis 16:00 Uhr

LAND- /FORSTWIRTSCHAFT	Dr. Guido Schwichtenberg Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände - Die Waldeigentümer	<ul style="list-style-type: none"> • Zurzeit wächst in Deutschland mehr Wald als wir nutzen und die Wälder werden älter – damit ist die Nutzungsbilanz nach wie vor positiv. • Die Nutzungsmenge hat sich erhöht. Es ist weiterhin möglich, die Nutzung langsam zu erhöhen, aber es ist zu beachten, dass bei einer Forstanreicherung und somit einem Nutzungsverzicht, Wälder dichter und instabiler werden. • Wälder müssen stabiler werden. Das widerspricht aber nicht, dass ältere Wälder entstehen können. • Eine Kombination von Waldholz, Holz in Produkten und Feuerholz ist der beste Beitrag zum Klimaschutz.
BUNDESREGIERUNG	Eckhard Heuer BMEL	<ul style="list-style-type: none"> • Nationale Waldpolitik: 52 Mio. t CO₂ aufgebaut • Breits erforscht, wie sich die CO₂-Bilanz von Holzprodukten ändert: 1. BAU Szenario; 2. verkürzte Nutzung; 3. lange Nutzungszeiten • Bei einer Verkürzung der Umtriebszeiten fällt die CO₂-Bilanz negativ aus, gleiches gilt bei zu lange gewählten Umtriebszeiten. Die angestellten Untersuchungen deuten darauf hin, dass die derzeitigen Umtriebszeiten sich bzgl. der CO₂-Bilanz nahe am Optimum bewegen.
WIRTSCHAFT	Dr. Frederichs Matthias Bundesverband Baustoffe - Steine und Erden e.V.	<ul style="list-style-type: none"> • Bauwerke haben eine Lebensdauer von 50 Jahren und mehr. Vergleicht man die Ökobilanzen mineralischer und nachwachsender Baustoffe über diese Lebensdauer unterscheiden sich die Ergebnisse praktisch nicht – vorausgesetzt ist die Verwendung nationaler Rohstoffe. • Förderprogramme sollten grundsätzlich dem Prinzip der Technologieoffenheit folgen. Diese sollten nicht einseitig, auf einen Baustoff oder eine Technologie ausgerichtet werden, sondern der Markt muss entscheiden können. • Importe: Sand, Zement, Kies brauchen nicht importiert zu werden, da ausreichende Rohstoffreserven in Deutschland verfügbar sind. Dagegen verursacht der Import von Holz aufgrund der Transportentfernungen deutlich höhere CO₂-Emissionen.
MITTELSTAND	Michel Durieux Zentralverband des Deutschen Handwerks	<ul style="list-style-type: none"> • Baustoff Holz bringt ökologische Vorteile • Daneben steht die Nutzung von Holz als Brennstoff • Die Nutzung als Werk- und Baustoff steht nicht zwangsläufig im Widerspruch, solange eine konsequente Nutzung in Kaskaden verfolgt wird. Hier sollte die Forschung intensiviert werden.
LAND- /FORTSTWIRTSCHAFT	Reinhild Benning Germanwatch e.V.	<ul style="list-style-type: none"> • Ziel von Paris fordert ein Umdenken. Ein weiter wie bisher geht nicht mehr. • Baustoffe sind wichtig. Resilienz sollte Maßgabe sein und als neues Ziel mit aufgenommen werden.

3. Sitzung Aktionsbündnis Klimaschutz im Maritim Hotel, Friedrichstrasse 151, Saal II in 10117 Berlin am 12. April 2016 von 09:00 bis 16:00 Uhr

KOMMUNEN	Dr. Dag Schulze Klima-Bündnis e.V.	<ul style="list-style-type: none"> • Am Ende einer Kaskadennutzung, kann auch die Verbrennung von Holz stehen • Grundsätzlich sollte aber Ziel sein, von der Verbrennung abzukommen. • Fortentwicklung der EnEV ist wichtig: Dämmung muss präferiert werden. • Kostengünstige Alternative zu den tradierten Dämmungen kann auch die Verwendung von Stroh sein – zudem kostengünstiger.
KOMMUNEN	Andreas Bleschke Umweltamt Landkreise Teltow-Fläming	<ul style="list-style-type: none"> • Nachpflanzung von entfernten Bäumen im Straßenbereich ist erforderlich – bislang selten der Fall • Hierfür sollten die Straßenverkehrsträger mit Geld unterstützt werden
UMWELT	Stefan Adler Naturschutzbund Deutschland	<ul style="list-style-type: none"> • Naturnahe Mischwälder sind die stabileren Ökosysteme • Ca. 80% des Laubholzes wird verbrannt • Förderung der Forschung und Verwendung von langlebigen Laubholzprodukten, dadurch wird auch die Akzeptanz der Laubwälder erhöht
ENERGIE	Matthias Held Bundesverband Bio-Energie e.V.	<ul style="list-style-type: none"> • 50% der verfeuerten Biomasse ist Altholz • Demnach keine Konkurrenz zur stofflichen Nutzung, vielmehr Umsetzung der Kaskadennutzung
BUNDES-LÄNDER	Martin Krings MKULNV, NRW	<ul style="list-style-type: none"> • Die Forst- und Holzwirtschaft leistet einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz • Die Klimaschutzleistung des Clusters Forst und Holz NRW beträgt jährlich ca. 18 Mio. t CO₂ gebunden • Multifunktionale und nachhaltige bewirtschaftete Wälder sowie stärkere Kaskadennutzung sollten oberste Priorität haben
GEBÄUDE	Lukas Freise Deutscher Holzwirtschaftsrat	<ul style="list-style-type: none"> • In Deutschland sind 75% der Wälder Laubholz, aber 90% der Holzprodukte sind aus Nadelholz. • Es sollte ein Nadelholzanteil in Höhe von 50 % erhalten bleiben, gleichzeitig auch die Verwendung von Laubholzprodukten gefördert werden, um deren Markfähigkeit sicher zu stellen. • Hinsichtlich einer verstärkten stofflich-/baulichen Nutzung von Holz sollten die Musterbauordnung und die Landesbauordnungen entsprechend angepasst und die vorhandenen Hemmnisse beseitigt werden.
<p><i>Anmerkung von Staatssekretär Flasbarth:</i></p> <p><i>Das BMUB ist auch Bauministerium. Es gibt einen Trend zur Urbanisierung und auch aufgrund der Zuwanderung einen verstärkten Bedarf an zusätzlichem Wohnraum. Dabei darf Wohnen kein Luxusgut sein. Hiermit verbunden ist eine größere Nachfrage nach Baumaterialien. Insofern ist es wichtig, nach verschiedenen alternativen Baustoffen zu schauen und diese nach Klimaschutzaspekten zu beleuchten. BMUB wird sich mit BMEL zusammensetzen und die genannten Aspekte näher beleuchten, hierzu Stellung nehmen und dies mit den am bisherigen Prozess beteiligten Akteuren diskutieren.</i></p>		

Biokraftstoffe		
VERKEHR	Gerd Lottsiepen VCD	<ul style="list-style-type: none"> • Biokraftstoffe sind auch relevant für Verkehr. Die Bank hatte das bereits in Vorbereitung der II. Sitzung des Aktionsbündnis ´ Klimaschutz kontrovers diskutiert. Der relative Konsens war: Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie sollte um Bioenergieallokationsplan erweitert werden. Jetzt Biokraftstoffe prioritär einsetzen. In der Priorisierung: erst Abfall, dann Reststoffe und dann Biomasse. • Auf unversiegelten Böden sollten keine mineralischen Kraftstoffe eingesetzt werden. Aber Landwirtschaft bekommt Steuerrückerstattung für jeden Liter Diesel. Diese Förderung sollte zurückgehen und dafür andere Anreize gesetzt werden, so dass Traktoren so gebaut werden, dass sie weniger Kraftstoffverbrauch als heute haben sowie andere Antriebsarten (Elektroantriebe).
LAND- /FORSTWIRTS CHAFT	Steffen Pinggen Deutscher Bauernverband e.V.	<ul style="list-style-type: none"> • Es konnte kein Konsens erreicht werden, ob Biokraftstoffe generell eingesetzt werden sollen. Aber es bestand Konsens, dass diese im Land-u. Forstwirtschaftsbereich eingesetzt werden sollen. • Biokraftstoffe wichtig, solange es keine Alternativen für Treibstoffe in der LuF gibt. • Agrardiesel wurden nicht angesprochen daher hierzu keine Bankposition • Spritverbrauch ist in der Landwirtschaft deutlich zurückgegangen, was auch auf effizientere Traktoren zurückzuführen ist.
VERKEHR	Martin Koers VDA	<ul style="list-style-type: none"> • In der Bank Verkehr besteht, wie die Vorbereitung zur II. Sitzung des Aktionsbündnis ´ gezeigt hat, Dissens über Agrokraftstoffe.
GEBÄUDE	Corinna Merzyn Verband privater Bauherren e.V.	<ul style="list-style-type: none"> • Folgende Themen sollten ergänzt bzw. vertieft betrachtet werden: <ul style="list-style-type: none"> ○ Bedarf weiterer Wohnungsbau und Biomassenutzung als Brennstoff ○ Definition Flächenverbrauch. Begriff sollte neu evaluiert werden, Unterschied zwischen bebaut und privaten Bereich begrünt mit größerer Artenvielfalt als Monokultur
<i>Anmerkung von Staatssekretär Flasbarth: Punkt soll grds. aufgegriffen werden, allerdings hier Schwerpunkt Biokraftstoffe.</i>		
ENTWICK- LUNG	Jan Kowalzig Oxfam	<ul style="list-style-type: none"> • Abfallstoffe sollten vorrangig verwertet werden; Biomasseanbau verstärkt die Flächenkonkurrenz, food first! • Auch dem Biomasseanbau auf heimischen landwirtschaftlich genutzten Flächen ist ein „CO₂ Rucksack“ zuzurechnen, da andernorts z.B. für Futtermittelimporte Fläche zur Verfügung gestellt werden muss, was wiederum zu indirekten Emissionen führt.
<i>Anmerkung von Staatssekretär Flasbarth: Gibt es einen Konsens zu Pflanzenölen?</i>		

3. Sitzung Aktionsbündnis Klimaschutz im Maritim Hotel, Friedrichstrasse 151, Saal II in 10117 Berlin am 12. April 2016 von 09:00 bis 16:00 Uhr

ENT- WICKL- LUNG	Jan Kowalzig Oxfam	<ul style="list-style-type: none"> Ergänzung: Sofern hiermit kein indirekter Flächenverbrauch verbunden ist, gibt es keine Gründe, die gegen eine Nutzung von Pflanzenölen sprechen – Nachhaltigkeit ist unterm Strich zu berücksichtigen/beachten
GEWERK- SCHAFTEN	Reinhard Benhöfer Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten in der Evangelischen Kirche in Deutschland	<ul style="list-style-type: none"> Hinweis: Die CO₂- Vermeidungskosten sind am höchsten bei der Verwendung von Biomasse als Kraftstoff. Sofern Biomasse basierte Stoffe zur Energiewandlung eingesetzt werden, sollte dies grundsätzlich in KWK erfolgen.
UMWELT	Martin Hofstetter Greenpeace e.V.	<ul style="list-style-type: none"> Die Ausweitung des Anbaus von Biomasse zur energetischen Nutzung (einschließlich Kraftstoffen) sollte ausgeschlossen werden (klare Position der Bank). Die Förderung der energetischen Nutzung von Biomassen über das EEG macht keinen Sinn Schwerpunkt der Maßnahmen im Bereich der Landwirtschaft bis 2020 sollte die Reduktion der Lachgas- und Methanemissionen sein, dem wirkt jedoch eine stetige Ausweitung der Tierproduktion entgegen.
ABFALLWirt- SCHAFT	Detlef Evers MVAk - Mittelstandsverband abfallbasierter Kraftstoffe e.V.	<ul style="list-style-type: none"> Bei einem Verbrauch von 1,6 Mio. t/Jahr Diesel in der Landwirtschaft ist die mögliche Nutzung alternativer Kraftstoffe durchaus relevant Abfall ist zweit wichtigster Rohstoff für die deutsche Biodieselproduktion In der Landwirtschaft sollte vermehrt Biokraftstoff eingesetzt werden, da biologische Abbaubarkeit wichtig ist Die Kapazitäten zur Biokraftstoffherstellung stehen zur Verfügung bleiben jedoch teils ungenutzt
<p><i>Anmerkung von Staatssekretär Flasbarth: Keine Pflanzenöle, sondern mehr Biokraftstoffe ist das nur eine Interessenslage? Bei einer Mischung mit Abfall ist eine bessere CO₂-Bilanz möglich.</i></p>		
ABFALL- WIRTSCHAFT	Detlef Evers MVAk - Mittelstandsverband abfallbasierter Kraftstoffe e.V.	<ul style="list-style-type: none"> Die Verwendung von reinem Pflanzenöl als Kraftstoff ermöglicht nicht die Nutzung von Abfällen und Reststoffen. Durch die Nutzung von Abfällen und Reststoffen ist eine bessere CO₂-Minderungsbilanz möglich.

VERKEHR	Martin Koers VDA	<ul style="list-style-type: none"> • Sofern die Abgasstandards in der Landwirtschaft ähnlich denen anderer Anwendungen sind, können diese nicht mit Pflanzenölen eingehalten werden. Dies gilt insbesondere für neue Euro6 Norm
<i>Anmerkung von Staatssekretär Flasbarth: Dies wird überprüft.</i>		
LAND- /FORSTWIRTS CHAFT	Steffen Pinggen Deutscher Bauernverband e.V.	<ul style="list-style-type: none"> • Kein Konsenspunkt zum generellen Einsatz von Biokraftstoffen • In der Regel ist von Verdrängungseffekten auszugehen • Biodieselnebenprodukte sind zudem Eiweißquelle für Fütterung, damit werden Importe vermieden. • Flächenverbrauch war kein Thema in Arbeitsgruppe, aber im Beteiligungsprozess zum Klimaschutzplan 2050 Thema mit breitem Konsens, – Flächenverbrauch heißt für die Land- und Forstwirtschaft, dass diese Fläche nicht mehr zur land- oder forstwirtschaftlichen Nutzung zur Verfügung steht
<i>Anmerkung von Staatssekretär Flasbarth: Flächenverbrauch soll zunächst ausgeklammert werden. Wie dieser zu verstehen ist, ist mit der Nachhaltigkeitsstrategie definiert</i>		
Ernährung		
GEWERKSCHAFTEN	Reinhard Bennhöfer Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten in der Evangelischen Kirche in Deutschland	<ul style="list-style-type: none"> • Niedersächsische Landeskirche hat 38.000 ha landwirtschaftliche Nutzfläche • Die im Papier der Bank Landwirtschaft angesprochenen Probleme wurden auch in jedem Kirchenvorstand diskutiert • Kirche bekennt sich grundsätzlich zur Notwendigkeit von Klimaschutz • Von den Umsetzungsversuchen von Moorschutzprogrammen ist auch die Kirche als großer Grundstückseigentümer betroffen • Die vorherrschenden Ängste vor Enteignung sollten ernst genommen bzw. aufgegriffen werden. Hier gute Informationen sehr wichtig • Aufgrund vielschichtiger Relevanz (Klima, Stickstoff und Phosphat), sollte auch die Fleischproduktion in den Fokus gerückt werden; mehr Informations- und Aufklärungsarbeit gegenüber den Verbraucherinnen und Verbrauchern sind bislang wirkungslos geblieben; daher wären eigentlich ordnungsrechtliche Maßnahmen notwendig, um den Fleischkonsum zu reduzieren – bspw. „Fleischsteuer“ zur Internalisierung externer Effekte
UMWELT	Martin Hofstetter Greenpeace e.V.	<ul style="list-style-type: none"> • Vorrang vor einer „Steuer“ sollte haben, die vorhandenen Verbilligungen für Fleisch abzuschaffen. Hierfür könnte bspw. die Mehrwertsteuervergünstigung aufgehoben werden • Es besteht offenkundig die Notwendigkeit, die Tierbestände zu reduzieren; hier sollte eine Instrumentendiskussion angestoßen werden

3. Sitzung Aktionsbündnis Klimaschutz im Maritim Hotel, Friedrichstrasse 151, Saal II in 10117 Berlin am 12. April 2016 von 09:00 bis 16:00 Uhr

VER- BRAU- CHER	Niels-Sönnick Schnoor Verbraucherzentrale Bundesverband	<ul style="list-style-type: none"> • Für die Verbraucher ist die Vielzahl der Label verwirrend • Die Einpreisung externer Effekte ist insbesondere für einkommensschwache Haushalte kritisch • Fokus sollte auf bessere Informationen gelegt werden
ENT- WICK- LUNG	Joachim Fünfgelt Brot für die Welt	<ul style="list-style-type: none"> • Teilt die Einschätzung von Herrn Bennhöfer • Landwirtschaft hat großen Einfluss auf Länder des Südens durch Import von Futtermitteln und Erzeugung von indirekten THG-Emissionen (Quellprinzip)
VERBRAU- CHER	Julia Huscher Health and Environ- ment Alliance	<ul style="list-style-type: none"> • Bezüglich des Fleischkonsums sollten die Empfehlungen der deutschen Gesellschaft für Ernährung eingehalten werden; demnach sind unter ernährungsphysiologischen Aspekten nicht mehr als 300 bis 600 g Fleisch je Woche empfohlen. • Information der Verbraucher sollte im Vordergrund stehen: moderater Fleischkonsum führt zur Verringerung chronischer Erkrankungen
LAND- /FORTST WIRT- SCHAF	Gerald Wehde Bioland e.V.	<ul style="list-style-type: none"> • Widerspruch zu den Ausführungen der Verbraucherzentrale Bundesverband; hohe Verantwortung des Staates ordnungsrechtlich und steuerrechtlich einzugreifen • Tierbestände insbesondere in Hotspots müssen reduziert werden • Kann und muss bereits in Programme bis 2020 einfließen
LAND- /FORTST WIRT- SCHAF	Simon Karrer Bergwaldprojekte e.V	<ul style="list-style-type: none"> • Waldbewirtschaftung und Fleischkonsum, auch die Waldbewirtschaftung kann zur gesunden und nachhaltigen Ernährung beitragen z.B. Wild
LAND- /FORSTWIRTS CHAFT	Steffen Pinggen Deutscher Bauernver- band e.V.	<ul style="list-style-type: none"> • Moore: Viel Information und Forschung notwendig, keine Einigung über Umfang der Wiedervernässung – unterschiedliche Perspektiven und Ängste, es ist eine Generationsaufgabe • Thema der Bank LuF war auch die Frage nach einer ausgewogenen Bilanzierung der Emissionen, die sowohl alle Emissionen, aber auch die Klimaleistung der Land- und Forstwirtschaft für den Energie-, Wärme- und Verkehrssektor beinhalteten Quellprinzip; es gab aber keinen Konsens zu den Bilanzgrenzen

3. Sitzung Aktionsbündnis Klimaschutz im Maritim Hotel, Friedrichstrasse 151, Saal II in 10117 Berlin am 12. April 2016 von 09:00 bis 16:00 Uhr

LAND-/FORSTWIRTSCHAFT	Reinhild Benning Germanwatch e.V.	<ul style="list-style-type: none"> • Erfreulich, wenn Kirche in Pachtverträge selbst Klimaschutz Kriterien mit einfließen lässt • Nahrungsmittelpreis „muss stimmen“ • das derzeitige Überangebot von Fleisch und Milch am Markt führt zur Erzeugerpreiskrise, Reduzierung der Tierbestände würde helfen, • Staat – Düngeverordnung – Milchviehbestände in NL wachsen, weil Gülle nach D exportiert werden kann, daher ist es auch wichtig Transportkontrollen für Gülle in die Novellierung der DüngeVO zu integrieren, • 10-30% weniger Tiere sind sinnvoll, • Kennzeichnung ist bestes Instrument: daher Billigfleisch in Diskonter, hoher Konsum bei einkommensschwachen Haushalten, klares Preissignal kann dem entgegenwirken • Verteilung von Subvention (Kein Konsens): Subventionierter Stallneubauten und damit Ausweitung der Tierproduktion ist kontraproduktiv und sollte vermieden werden
UMWELT	Martin Hofstetter Greenpeace e.V.	<ul style="list-style-type: none"> • Die Stickstoffeffizienz müsste deutlich von heute 50% auf 90% erhöht werden • Beispielsweise würde eine Reduktion des Stickstoffüberschusses von 100 kg/ha auf 80 kg/ha eine THG-Reduktion von bis zu 3,6 Mio. t CO₂-Äq. nach sich ziehen • Die Wirksamkeit des Vollzugs der Düngeverordnung sollte bei zu hohen Stickstoffeinträgen aus Wirtschafts- und Mineraldüngung durch Strafzahlungen erhöht werden.
UMWELT	Antje von Broock BUND	<ul style="list-style-type: none"> • Hinsichtlich der Wiedervernässung von Mooren ist es bedauerlich, dass kein Konsens zu Umfang und Größe der Wiedervernässung gefunden wurde. Es reicht nicht, dass Moorprodukte gefördert werden. Es muss über einen langfristig angelegten Fonds sowie Flächenverkäufe- und -tausche nachgedacht werden. Weichen müssen vor BT Wahl gestellt werden. • Umweltsensibles Grünland sollte nach 5 Jahren in Dauernutzung in Richtlinie ergänzt werden • Recht auf ungesunde Ernährung wird in Frage gestellt
UMWELT	Florian Schöne Deutscher Naturschutzring	<ul style="list-style-type: none"> • Stickstoff- Strategie sollte mit einem integralen Politikansatz angegangen werden • Moorschutz muss als Generationenaufgabe verstanden werden • Hinweis: Bis Sommer 2016 sind umweltsensible Grünlandflächen der KOM zu melden, absolutes Pflugverbot für einige Flächen kann erreicht werden

LAND- /FORSTWIRTSCHAFT	Steffen Pinggen Deutscher Bauernverband e.V.	<ul style="list-style-type: none"> Nährstoffflüsse sollten mit Nachbarländern abgestimmt werden, Die Möglichkeit der weiteren Nutzung von Grünland sollte erhalten bleiben Eine Rückholklausel für Grünland auf Ackerstandorten sollte zur Rechtssicherheit führen, um Wertverlust der Fläche zu vermeiden und damit die Anlage von Grünland zu erleichtern, Betonung, dass vermehrt Wirtschaftsdünger wirtschaftlich relevant werden und damit Mineraldünger verdrängt wird Hinsichtlich der Wiedervernässung bzw. Nutzung von Mooren wäre es zwar wünschenswert gewesen innerhalb der Vorbereitungsgruppe einen Konsens zu erzielen, was jedoch in der zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich war; Tragweite einer flächigen Wiedervernässung ist immens
ENERGIE	Dr. Volker Bartsch Deutscher Verein der Gas- und Wasserfaches e.V.	<ul style="list-style-type: none"> Grundsätzlich wird das, durch die Bank Land- und Forstwirtschaft, ausgearbeitete Dokument begrüßt Betonung, dass gerade Stickstoff für die Wasserwirtschaft (Trinkwassergewinnung) ein erhebliches Problem darstellen kann Daher sollte bei der Novellierung der DüngeVO die Hoftorbilanz zur nachhaltigeren Kontrolle der Verwendung von Stickstoff und damit einer Reduzierung der Ausbringung unbedingt eingefügt werden Auch in Bezug auf die Verwendung von Restprodukten und Abfällen (Gärresten) aus Biogasanlagen in der Landwirtschaft muss auf mögliche Implikationen auf Oberflächen- und Grundwässer geachtet werden.
<p>Anmerkung von Staatssekretär Flasbarth: Danke für die konstruktive Diskussion. Es ist deutlich geworden wo kein Konsens herrscht, wo weiter diskutiert werden muss und wo auch Entscheidungen getroffen werden müssen.</p> <p>Landwirtschaft und Tierhaltung ist ein wichtiges Thema. Eingriffe des Staates insbesondere bzgl. des Konsumverhaltens, so hat es zumindest die Vergangenheit gezeigt, werden offensichtlich in der Breite der Bevölkerung abgelehnt. Möglicherweise könnten hier die Kirchen als „Mittler“ fungieren. Ordnungsrecht wirkt auf der Erzeugerseite, aber die Verbraucherseite muss noch besprochen werden.</p>		

1 Klimaschutz in der Wirtschaft und Industrie

Vorstellung durch die Bank Wirtschaft (*Hinweis: Die Präsentation steht unter <xxx LINK einfügen > zur Verfügung*):

Person/Institution	Vortrag
Dr. Carsten Rolle BDI	<ul style="list-style-type: none"> Die Bank Wirtschaft allg. (hier BDI, DENEFF, WVM, VCI, Arbeitsgemeinschaft Heiz- und Wasserkostenverteilung) hält vier Vorträge zum Scherpunkthema Energieeffizienz Unter Verweis auf die Intended Nationally Determined Contributions (INDCs) wird deutlich, dass Energieeffizienz eine zentrale Bedeutung zur Erreichen der Klimaschutzziele hat. Ein internationaler Vergleich der IEA zeigt, dass in Deutschland erhebliche Effizienzverbesserungen in den vergangenen Jahren erzielt wurden. Dabei ist dies nicht, wie bspw. in Großbritannien, auf Industrieabwände-

	<p>rung, sondern auf die Erschließung von tatsächlichen Effizienzpotenzialen zurückzuführen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Der internationale Vergleich zeigt auch: Deutschland ist Energieeffizienz-Weltmeister • Energieeffizienz gilt mehr und mehr als Wettbewerbsfaktor • Dabei ist zu beachten, dass die jeweiligen technischen Potenziale für Energieeffizienz nur eine theoretische Größe sind. Entscheidend ist das wirtschaftliche und realisierbare Potenzial. • Bezüglich der Einschätzung zum wirtschaftlichen Potenzial werden in der Wirtschaft im Mittel Amortisationsdauer von maximal 3 Jahren erwartet. Zu berücksichtigen sind ferner Ausfallrisiken, Kreditwürdigkeit, u. weitere Barrieren, die allesamt das tatsächlich umsetzbare Effizienzpotenzial verringern. • Darüber hinaus verhindern zahlreiche Hemmnisse die Hebung von vorhandenen Energieeffizienzpotenzialen • Um Effizienzpotenziale systematischen zu erschließen führt die große Mehrheit der Unternehmen (90%) Energiemanagementsysteme ein. • Energieeffizienzvereinbarung mit Bund: Spitzenausgleich, Energiemanagementsystem muss eingeführt werden und ein Energieeffizienz-Fortschritt von 1.3-1.5% muss erreicht werden. • Energieeffizienz Netzwerke (freiwilliger Ansatz): Unternehmen kommen in kleinen Gruppen zusammen und lernen voneinander • Chancen im APK 2020: Preisinstrumente, Anreize (Gebäude), Planungssicherheit, Forschung und Entwicklung, neue Finanzierungskonzepte, Eigenverantwortlichkeit, Entwicklung von Strategien und Maßnahmen in sektorenübergreifenden Clustern • Unternehmen als Multiplikatoren
<p>Sarah Bäumchen Wirtschaftsvereinigung Metalle</p>	<ul style="list-style-type: none"> • WVM Repräsentiert 260 Unternehmen in Deutschland • Bunt-, Leicht- und Edelmetalle (NEM), unterschiedliche Produktionsprozess, Verbrauch von 25.000 GWh pro Jahr – energieintensive Industrie • Thema Energieeffizienz: Wettbewerbsfaktor, internationaler Metallpreis (Börse London), großes Eigeninteresse an Einsparung, unternehmerische Entscheidung wichtig • Recycling: Energie einsparen und größere Unabhängigkeit vom Import, hohe Rücklaufquoten (z.B. Aluminium) • Senkung des spezifischen Energieeinsatzes bei der Herstellung von Metallen 4,3 MWh/t (1995) auf 3,1 MWh/t (2014), Das Ziel der Selbstverpflichtung der Branche wurde deutlich übererfüllt. • Zwei besondere Initiativen: <ul style="list-style-type: none"> ○ Metalle pro Klima: Best-Practice Beispiele von Unternehmen zu erreichbaren Verbesserungen im Produktionsprozess, Unternehmens Benchmarking ○ Initiative Branchennetzwerke: zusätzliches Netzwerk wurde durch Verband gegründet mit WVM+. Der Fokus liegt auf dem Produktionsprozess und Querschnittstechnologien in großen und kleinen Unternehmen. Bisher haben drei Treffen des Netzwerks stattgefunden.
<p>Tina Buchholz Verband der Chemischen Industrie e.V.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Energieeffizienz in der Chemiebranche hat eine große wirtschaftliche Bedeutung und dient dem Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit. • Kontinuierliche Bemühungen: VCI konstatiert Erfolg in THG-Minderung und Energieeffizienz. So ist die Produktion um 60% gestiegen, während THG-Emissionen um 47% und Energiebedarf um 19% gesunken sind (Basis

	<p>1990).</p> <ul style="list-style-type: none"> • Neben Netzwerkinitiative Branchennetzwerke Gersthofen und Leuna, Trägerschaft Chemiepark, • Initiative verdeutlicht, wie Unternehmen von Energieeffizienz profitieren können (Austausch, KMUs, gegenseitige Unterstützung, gemeinsam lernen, sinnvolle Argumente für Geschäftsebene sammeln) • Aber, low-hanging fruits bereits "geerntet". Schwierig zukünftige Energieeffizienz-Gewinne zu erreichen. • Produktlösungen durch die chemische Industrie, führen auch zu Energieeffizienz in anderen Branchen.
<p>Marcel Schäufele Arbeitsgemeinschaft Heiz- und Wasserkostenverteilung</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Der Einbindung der Wohnungsnutzer und der Rückkopplung des Nutzerverhaltens auf den Energieverbrauch kommt in den nächsten Jahrzehnten eine besondere Rolle zu, soll die deutliche Absenkung des Energieverbrauchs im Gebäudebestand gelingen. • Die verbrauchsabhängige Abrechnung der Heiz- und Warmwasserkosten spart i.M. 20 Prozent Energie. • Die TU Dresden hat in einer breit angelegten Studie nachgewiesen, dass seit Einführung der Heizkostenverordnung im Jahr 1981 bis zum Jahr 2012 bereits rd. 350 Mio. t CO₂ eingespart werden konnten. • Eine bessere Information der Verbraucher über ihren Energieverbrauch wirkt sowohl kurzfristig, als auch perspektivisch. Wir schlagen vor, dies zu intensivieren und die unterjährige Verbrauchsinformation als Transparenzinstrument ergänzend zur verbrauchsabhängigen Heiz- und Warmwasserkostenabrechnung einzuführen. • Die unterjährige Verbrauchsinformation kann zwischen 3,1 und 5,3 Mio. t CO₂ e/Jahr zum THG-Ziel beitragen. • Die Einführung der unterjährigen Verbrauchsinformation sollte perspektivisch erfolgen, d.h. im Rahmen des ohnehin stattfindenden Regelaustausches der Messgeräte, zusätzliche Kosten durch Umrüstung auf moderne Messgeräte werden dadurch vermieden.
<p>Christian Noll DENEFF</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Wirtschaftliche Dekarbonisierung kann nur gelingen, wenn alle Potenziale genutzt werden. • Potenziale sind in allen Sektoren vorhanden, Voraussetzung: konsequente Energieeffizienzpolitik • Aufgrund der politischen Versäumnisse der letzten Jahre ist das Energieeffizienzziel bis 2020 nicht zu erreichen, daher ist es wichtig auf 2030 hinzuarbeiten. Dafür ist ein positives Investitionsklima wichtig. • Empfehlungen (in Klammern ist die Zahl der zustimmenden Verbände gelistet, wenn kein Konsens bestand): <ul style="list-style-type: none"> ○ Effizienzgesetz (Gleichrangigkeit zur Energieversorgung) – Energy Efficiency First Principle ○ EED: verbindliches EE Ziel 2030, vollständige Umsetzung der EED ○ Ausschreibungsmodell: Diskriminierung von Energiedienstleistern verhindern, schnell auf Wärme ausweiten ○ Pflicht zur Installation von Wärmemengenzählern für Raumwärme ○ KWK-Förderbedingungen entschlacken und verbessern ○ Analog Gebäudestrategie, Industrieeffizienzstrategie (2) ○ Preisrabatte nur in Verbindung mit Energie- und Stromsteuer, EEG verbinden (2) ○ Energiebenchmark für Produktionsprozesse etablieren ○ Afa hocheffiziente Maßnahmen verbessern (2) ○ Niedrigstenergiestandards etablieren
<p><i>Anmerkung von Staatssekretär Flasbarth:</i> Die vorgestellten Abbildungen zeigen, dass seit den 2000er Jahren nur noch in geringem Maße THG-Minderungen im industriellen Bereich zu verzeichnen sind, der Großteil der Emissionsminderung also in den 90er Jahren erzielt wurde</p>	

(Wall-fall-profits).

Anschließende Diskussionsrunde, moderiert durch Staatssekretär Jochen Flasbarth:

Bank	Person/Institution	Inhaltliches Statement
WISSEN- SCHAFT	Malte Schmidhals Unabhängiges Institut für Umweltfragen (UfU) e.V.	<ul style="list-style-type: none"> • Vorträge zeigen die unterschiedlichen Wirkungsbereiche von Struktureffekten und echten Maßnahmen in Effizienz. • Folien belegen auch, dass in DEU der Strukturwandel besonders günstig war
WIRT- SCHAFT	Dr. Carsten Rolle BDI	<ul style="list-style-type: none"> • Im europäischen Vergleich hat die Industrie in DEU einen sehr hohen Anteil an der Bruttowertschöpfung • Struktureffekt hat sich hier anders als in GB entwickelt, Hilfe durch Wende: Bau in neuen Bundesländern • De-industrialisierung muss verhindert werden
UMWELT	Erika Bellmann WWF	<ul style="list-style-type: none"> • Kritik an der sehr positiven Darstellung der Leistungen im Klimabereich durch die Industrie, insbesondere aufgrund der Darstellung durch BDI, VCI und WVM • Grundsätzlich wird die Aussage, Deutschland ist Energieeffizienzweltmeister geteilt, allerdings seit 2002 sind die Emissionen des Sektors konstant geblieben, • Obwohl die Industrie in DEU leistungsfähig ist, kein Beitrag zu 2020 Klimaschutzzielen • Vorschlag: Emissionsminderungsfahrplan konkretisieren, THG-Ziele müssen nach Sektoren aufgeschlüsselt werden – Planungssicherheit und Rahmenbedingungen für Investitionssicherheit • Langfristige Perspektive: bis 2050 werden die Energieeffizienzpotenziale ausgeschöpft sein. Es stellt sich die Frage nach größeren Transformationen in der Chemieindustrie (besonders Grundstoffchemie)

Anmerkung Staatssekretär Flasbarth:

Langfristperspektive ist sicherlich wichtig, allerdings ist Fokus des Aktionsbündnis ´ das Jahr 2020

3. Sitzung Aktionsbündnis Klimaschutz im Maritim Hotel, Friedrichstrasse 151, Saal II in 10117 Berlin am 12. April 2016 von 09:00 bis 16:00 Uhr

KOMMUNEN	Dr. Dag Schulze Klima-Bündnis e.V.	<ul style="list-style-type: none"> • Energieeffizienz und Energieeinsparung sollten in ihrer Bedeutung klar getrennt werden • Deutsche Industrie und Handwerk haben in der Vergangenheit „gute Arbeit“ geleistet • Tatsächliche Einsparungen sind allerdings nicht mehr zu verzeichnen, da nach wie vor der Energieverbrauch an das Wachstum gekoppelt ist • Auch können Energieeffizienz-Technologien zu Mehrverbrauch führen, • Diskussion sollte sich verstärkt auch auf Ressourceneinsparung konzentrieren • Erhebliche Möglichkeiten in der Regionalwirtschaft sind vorhanden. Nicht nur der „Spitzensport“ der Industrie 4.0 zählt, sondern auch der „Breitensport“ in der Kommune
LAND- /FORSTWIR TSCHAFT	Reinhild Benning Germanwatch e.V.	<ul style="list-style-type: none"> • Die Darstellung der Wirtschafts- Industriebank fällt deutlich hinter die bisherigen Ausarbeitungen zurück. Weitere Bänke wurden nicht eingebunden. • Im industriellen Bereich muss klar sein, dass die absoluten THG-Emissionen gesenkt werden müssen. • Ideen zur Entkopplung von Wachstum und zur Reduzierung von Reboundeffekten sollten entwickelt werden?
MITTEL- STAND	Katharina Reuter UnternehmensGrün e.V.	<ul style="list-style-type: none"> • Die Meinung, dass die low-hanging fruits bereits „geerntet“ sind, wird nicht geteilt • Von Amortisationszeiten von 3 Jahren auszugehen ist nicht tragfähig.
MITTELSTAND	Michel Durieux Zentralverband des Deutschen Handwerks	<ul style="list-style-type: none"> • Kritik am Verfahren zum Klimaschutzplan 2050: eine Chance, einen breiten Konsens in der Wirtschaft herbeizuführen, wurde vertan • Mittelstand sieht Maßnahmen der Industrie als Chance für Effizienzverbesserung durch z.B. <ul style="list-style-type: none"> ○ Netzwerkinitiative ○ Weitere Informations- und Investitionsanreize ○ Gebäudebereich ○ Mobilitätsmanagement

Anmerkungen Staatssekretär Flasbarth:

Die Kritik am Verfahren zum Klimaschutzplan wird zur Kenntnis genommen. Es fällt auf, dass die Kritik häufig von Akteuren formuliert wird, die zwar eingeladen wurden, aber nicht anwesend waren. BMUB wird die gewonnenen Erfahrungen aus dem Beteiligungsprozess aufarbeiten und daraus für künftige Prozesse Schlussfolgerungen ziehen

3. Sitzung Aktionsbündnis Klimaschutz im Maritim Hotel, Friedrichstrasse 151, Saal II in 10117 Berlin am 12. April 2016 von 09:00 bis 16:00 Uhr

WIRTSCHAFT	Dr. Carsten Rolle BDI	<ul style="list-style-type: none"> • Wichtig ist eine absolute CO₂ Reduktion und eine gemeinsame Strategie • Paris als wichtiger Zwischenschritt • Fokus auf Hemmnisse Abbau legen • Industrie: 2/3 Wärmeverbrauch (Prozesswärme, etc.), Sektorkopplung wichtig, daher Effizienz das wichtigste Thema und definierte sektorale Ziele der falsche Ansatz • Sinnvoll wäre bspw. bei Förderung und Information, Investitionszyklen zu beachten • Darüber hinaus unterliegt ein Großteil der Industrie dem Emissionshandel, weshalb Maßnahmen diese Teile betreffend kontraproduktiv sind.
WIRT-SCHAFT	Tina Bucholz VCI	<ul style="list-style-type: none"> • Über die im Emissionshandel geltenden Benchmarks bereits branchenspezifische und produktbezogene Ziele definiert • Wirtschaftlichkeit muss gegeben sein • Carbon Leakage muss verhindert werden
<p><i>Anmerkungen Staatssekretär Flasbarth: Maßnahmen nur dann umzusetzen, wenn deren Amortisation nach maximal 3 Jahren gegeben ist, sollte überdacht werden.</i></p>		
WIRT-SCHAFT	Dr. Carsten Rolle BDI	<ul style="list-style-type: none"> • Amortisationszeit ist durch Unsicherheiten/Risiken auch über den zukünftigen Markt/Produkte determiniert.
WIRTSCHAFT	Christian Noll DENEFF	<ul style="list-style-type: none"> • Zur Einschätzung echte Energieeffizienzverbesserungen sollte der Zeitraum ab eher ab 2000 betrachtet werden • Es zeigt sich eigentlich ein Zusammenhang zw. Energieeffizienz und Wachstum und damit eine Entkopplung von Verbrauch und Wachstum; wäre dies nicht so läge der Verbrauch heute um 70% höher; • Entscheidend ist, wie die Amortisationserwartungen von Unternehmen hin zu längeren Amortisationszeiten verändert werden können • Der angesprochene Rebound-Effekt darf nicht als „Totschlagargument“ gegen Effizienzmaßnahmen eingesetzt werden.
KOMMUNE	Andreas Bleschke Landkreis Teltow-Fläming	<ul style="list-style-type: none"> • Kommunen können Plattform für regionalen Erfahrungsaustausch mit der Wirtschaft bieten • Damit wäre zwar ein „institutioneller Rahmen“ geschaffen, die Inhalte müssen jedoch durch Wirtschaft eingebracht werden

3. Sitzung Aktionsbündnis Klimaschutz im Maritim Hotel, Friedrichstrasse 151, Saal II in 10117 Berlin am 12. April 2016 von 09:00 bis 16:00 Uhr

VERKEHR	Dirk Flege Allianz pro Schiene e. V.	<ul style="list-style-type: none"> • Im Vortrag haben konkrete Maßnahmen und Instrumente auch zum Verkehr gefehlt. • Zur verstärkten Nutzung des Verkehrsträgers Schiene für Gütertransport, dafür längere Güterzüge notwendig. Voraussetzung zur Hebung von Effizienzpotenziale in diesem Bereich sind Investitionen im Umfang von ca. 200-300 Mio. EUR in DEU. Hierdurch Verbesserung der Effizienz im Transport um ca. 20 Prozent.
KOMMUNE	Peter Menke Stiftung DIE GRÜNE STADT	<ul style="list-style-type: none"> • Städte haben erhebliche Lenkungsmöglichkeiten und können Einfluss auf die regionale/lokale Wirtschaft nehmen • Um diesen Einfluss ausüben zu können, müssen die Kommunen von der Politik in die Lage versetzt werden.
VERKEHR	Martin Koers VDA	<ul style="list-style-type: none"> • Es gibt Anwendungen in denen die Schiene das beste Verkehrsmittel ist, in anderen Fällen aber auch die Straße, Flugverkehr, Schiff etc. • Wie auch schon im Rahmen der II. Sitzung des Aktionsbündnis ´ deutlich wurde, herrscht bei der Bank Verkehr kein Konsens zum geeignetsten Indikator Effizienz vs. absoluter CO₂-Ausstoß • Plädoyer für Einbeziehung des Verkehrssektors in den Emissionshandel- im Idealfall verbunden mit einer globalen Mengensteuerung zur Vermeidung von Wettbewerbsnachteilen • Sukzessive Ausweitung des Geltungsbereichs des ETS auf andere Sektoren
ENERGIE	Volker Bartsch Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e. V.	<ul style="list-style-type: none"> • Bedeutung von Instrumenten, die die Sektorkopplung im Fokus haben wächst • Gasinfrastruktur wichtig für eine fortschreitende Dekarbonisierung insbesondere dann, wenn hierdurch verstärkt erneuerbare Gase in Industrie eingesetzt werden • Einladung an Industrie auch PtG zu nutzen und Möglichkeiten zur Nutzung gemeinsam zu diskutieren
BUNDESLÄNDER	Birgit Schiffmann Behörde für Umwelt und Energie Hamburg	<ul style="list-style-type: none"> • Hamburg als wichtiger Industriestandort hat Treibhausintensität deutlich gesenkt, auch dank guter Kooperation mit Wirtschaft/Industrie, aber Ziele werden nicht erreicht; bundesweit lösen: <ul style="list-style-type: none"> ○ Abstimmung Förderung v.a. Ressourcenwende (Unterstützung Bund zu EU Kreislaufwirtschaft) ○ Bedarf an Planung Kohleausstieg für Planungssicherheit Wirtschaft ○ Antragsmanager für Unternehmen in der Region
<p>Anmerkung Staatssekretär Flasbarth:</p> <p>Diskussion soll aufgrund des offensichtlich vorhandenen weiteren Diskussionsbedarfs im Anschluss an die Mittagspause fortgesetzt werden.</p> <p>Bitte an Bank Wirtschaft. Thema für die Frühjahrssitzung 2017 des Aktionsbündnisses nochmals aufzubereiten und dazu wie die Bänke Verkehr und Landwirtschaft die Positionen (Konsens und Dissens) auch im Zusammenwirken mit interessierten Akteuren aus anderen Bänken aufzuarbeiten. Es gilt das Angebot des BMUB, eine Moderation zur Verfügung zu stellen.</p>		

Übergabe der Moderation von Staatssekretär Flasbarth an Herr Dr. Sach (Abteilungsleiter der Abteilung Klimaschutzpolitik, Europa und Internationales)

Nach Rücksprache hat sich Hr. Rolle (BDI) bereit erklärt, das Thema Wirtschaft/Industrie nochmals aufzugreifen. Hierzu wird die Bank Wirtschaft die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Aktionsbündnis' zur Zusammenarbeit und Diskussion einladen. Die Ergebnisse sollen im Frühjahr 2017 vorgestellt werden.

Bank	Person/Institution	Inhaltliches Statement
ENERGIE	Jürgen Kukuk Arbeitsgemeinschaft für sparsamen und umweltfreundlichen Energieverbrauch e. V.	<ul style="list-style-type: none"> Durch die Belastung von Speichieranlagen (elektrisch oder power to gas) mit EEG-Umlagen und Netznutzungsgebühren wird die Integration der erneuerbaren Energien massiv behindert. (Erst das Zusammenwirken von Speichieranlagen, EE Stromerzeugung und Sektor Kopplung kann eine kostengünstige und sichere Energieversorgung bereitstellen).
ENERGIE	Wulf Binde Bundesverband Kraft-Wärme-Kopplung e. V. (B.KWK)	<ul style="list-style-type: none"> KWK-Einsatz in der Industrie sollte ausgeweitet werden Potenziale sind vorhanden, dabei sollten Energieeffizienz und erneuerbare Energien keine Gegenpole sein Die bestehenden Rechtsinstrumente sollten keinesfalls abgeschwächt werden: <ul style="list-style-type: none"> Strommarktgesetz – Befreiung von Netznutzungsentgelte für dezentrale Anlagen Privilegierung kleine KWK –Reservestrom muss dann eingeplant werden Stromsteuer-Durchführung VO: räumlicher Zusammenhang, über 2 MW, dann Stromsteuer fällig
LAND- /FORSTW IRT- SCHAFT	Reinhild Benning Germanwatch e.V.	<ul style="list-style-type: none"> Auch der Finanzsektor sollte in den Aktionsbündnis-Prozess eingebunden werden Zur Vermeidung von Widersprüchen sollen die Prozesse unter INDC und SDG miteinander verschmolzen werden – Übergreifender Workshop hierzu wird angeregt
Anmerkungen Abteilungsleiter Dr. Sach: BMUB wird sich darum bemühen, die bislang verwaiste Bank Finanzwirtschaft zu füllen. Der Bund teilt die Analyse der Wirtschaftsbank, dass neue Dienstleistungen im Effizienzbereich angeboten werden sollten.		
VERKEHR	Gerd Lottsiepen VCD	<ul style="list-style-type: none"> Implikation möglichst konkreter Maßnahmen auf den Verkehrsbereich sollten herausgearbeitet werden Verweis auf die Stellungnahme VDA zur Einbeziehung des Verkehrs in den Emissionshandel ist keine innerhalb der Bank Verkehr konsensuale Position

3. Sitzung Aktionsbündnis Klimaschutz im Maritim Hotel, Friedrichstrasse 151, Saal II in 10117 Berlin am 12. April 2016 von 09:00 bis 16:00 Uhr

UMWELT	Swantje Fiedler FÖS Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft	<ul style="list-style-type: none"> • Positionierung der Bank Umwelt: <ul style="list-style-type: none"> ○ Effizienzstrategie Industrie sollte entwickelt werden ○ Transparenz der Energieverbräuche in der Industrie solle hergestellt werden ○ Netzwerke und TopRunner sind auszubauen ○ Preisanreize: ETS muss Preissignal liefern (kostenlose Zuteilung ist zu überdenken) ○ Ausnahmeregelungen / Erleichterungen der Industrie bei Energie- und Strompreise sind anzupassen und auf die Branchen zu reduzieren, die wirklich im Wettbewerbsdruck stehen und sollten auch mit nachzuweisenden Effizienzverbesserungen verknüpft werden ○ Nicht nur Energiemanagementsysteme notwendig, auch Investments notwendig ○ Effizienzvereinbarung fragwürdig, nur ein Indikator, dort ist auch die Energiewirtschaft eingeschlossen
LAND- /FORSTW IRT- SCHAFT	Antje Kölling Demeter e. V.	<ul style="list-style-type: none"> • Die Umweltwirkung muss sich verstärkt im Preisen wiederfinden • Der Staat hat hier eine steuernde Rolle auszufüllen
UMWELT	Rolf Satzger Initiative Madrenatura e.V.	<ul style="list-style-type: none"> • Forderung an Ministerium und Wirtschaft: für jede Branche Zielkorridore, auch Schwelle festlegen, wenn Ziel nicht erreicht wird ordnungspolitisch und steuerrechtlich eingegriffen
WIRTSCHAFT	Dr. Carsten Rolle BDI	<ul style="list-style-type: none"> • Sektor übergreifende Betrachtung erforderlich - Sektorkopplung • Fokus der Industrie lag zunächst beim Thema Energieeffizienz • Wie bereits vereinbart, ist weitere Sitzung geplant • Insbesondere sollen Schnittpunkte zu anderen Sektoren diskutiert werden • Finanzierung: Hemmnisse aus Sicht der Industrie sind: <ul style="list-style-type: none"> ○ die für Banken geringe Bedeutung von Effizienzverbesserungen auf die Kreditwürdigkeit der Unternehmen ○ Damit ist das nur begrenzt vorhandene Eigenkapital ein Bottleneck ○ Finanzsektor sollte verstärkt für den Bereich Energieeffizienz und Contracting gewonnen werden ○ Ggf. kann es hilfreich sein, die Risiken durch Instrumente wie Bürgschaften etc. anders aufzuteilen ○ Zuvor ist jedoch gemeinsam mit Finanzsektor darüber zu diskutieren • Reihe von einzelnen Instrumenten: ETS Reform, kein Einfluss von Zertifikate-Zuteilungsregeln im ETS auf Preise und Klimaschutzanstrengungen
Anmerkungen Abteilungsleiter Dr. Sach:		

Den offensichtlichen Diskussionsbedarf soll die Bank Wirtschaft/Industrie aufgreifen und in den Folgeprozess einfließen lassen. Dabei ist es nicht zwingend erforderlich, innerhalb der Gruppe einen Konsens zu den behandelten Themenfeldern herzustellen. Wichtig ist auch, dass ggf. vorhandene Dissenspunkte herausgearbeitet werden.

Bei all dem sollte der Fokus sein, wenn die für das Jahr 2020 gesteckten Ziele erreicht werden sollen, aus den eigenen Reihen weitere Ideen zu Maßnahmen oder zur Ausgestaltung von Maßnahmen zu entwickeln, die in Eigenregie umgesetzt werden können und Emissionsminderungen nach sich ziehen.

2 Aktuelles zum Umsetzungsstand des Aktionsprogramms Klimaschutz 2020

Einleitung durch Abteilungsleiter Dr. Sach:

- Im Klimaschutzbericht 2015 gab es noch keine Quantifizierung der Maßnahmen, Grund: Wirkung der Programme noch nicht klar feststellbar
- Bisher sind 27% Emissionsminderung (ggü. 1990) erreicht – es besteht noch eine Lücke zum Ziel
- Bei ambitionierter, konsequenter Umsetzung der mit dem Aktionsprogramm Klimaschutz beschlossenen Maßnahmen werden wir das Ziel, die Treibhausgasemissionen um 40 % gegenüber dem Jahr 1990 zu reduzieren, erreichen, aber nicht, wenn wir weitermachen wie bisher
- Der Klimaschutzbericht 2015 der Bundesregierung zeigt, dass einige Maßnahmen bereits vollständig umgesetzt, die allermeisten zumindest in Angriff genommen sind. Was noch fehlt ist noch eine Quantifizierung der tatsächlichen Minderungswirkung der Maßnahmen. Dies soll helfen, die Wirkhebel besser zu verstehen und gegebenenfalls an geeigneter Stelle nachzujustieren.
- Die Quantifizierungen werden auf der nächsten Sitzung präsentiert. Ziel heute ist, die grundlegende Methodik der Quantifizierung und den seitens BMUB beauftragten Auftragnehmer, das Öko-Institut und das Fraunhofer ISI vorzustellen.
-

Vortrag von Dr. Ralph Harthan (Öko-Institut e.v.)

(Hinweis: Die Präsentation ist Bestandteil des Protokolls und stehen unter <xxx LINK einfügen > zur Verfügung):

- Gemeinsames Projekt von Öko-Institut und Fraunhofer ISI
- Abgrenzung des Projektes zum Projektionsbericht
- Projektionsbericht: Zweijährliche Berichtspflicht: Projektion der THG-Emissionen
 - Zwei Szenarien Mit-Maßnahmen-Szenario (MMS): Referenzszenario, aktuelle beschlossene Politiken und Maßnahmen (APK 2020 und NAPE nicht berücksichtigt)
 - Mit-weiteren-Maßnahmen-Szenario (MWMS): einschließlich weitergehender (nicht beschlossener) Politiken und Maßnahmen (APK 2020 und NAPE bei idealer vollständiger Umsetzung berücksichtigt), Bericht zurzeit in Ressortabstimmung

3. Sitzung Aktionsbündnis Klimaschutz im Maritim Hotel, Friedrichstrasse 151, Saal II in 10117 Berlin am 12. April 2016 von 09:00 bis 16:00 Uhr

- Ziel des Projektes zur Quantifizierung der Minderungswirkung der Maßnahmen des Aktionsprogramms (einschließlich des NAPE) für den Klimaschutzbericht ist die Quantifizierung der THG-Minderungswirkung der Maßnahmen des APK 2020 auf Basis des aktuellen Umsetzungsstandes – keine idealtypische, sondern tatsächliche Umsetzung
-
- Da diese Quantifizierung Auftrag der Bundesregierung für den Klimaschutzbericht ist, erfolgt zu jedem Berichtsjahr eine erneute Berechnung
- Methodik:
 - Sektorspezifische Modelle und Abschätzungsansätze unter Verwendung der vorliegenden Informationen zum Umsetzungsstand der Maßnahmen.
 - Bewertung ggü. dem Projektionsbericht 2013 - Basisszenario (MMS)
 - Statische Betrachtung: Minderungswirkung auf Basis des aktuellen Umsetzungsstands
 - Dynamische Betrachtung: Fortschreibung der Umsetzungsentwicklung bis 2020 (erwarteter Umsetzungsstand)
- Grundlegende Systematik der Wirkungsabschätzung:
 - Aktivität (Programmdaten, bspw: Mittelabfluss) wird vom BMUB bereitgestellt
 - Spezifische Einsparung (Programmevaluation, vergleichbaren Programmen)
 - Programmwirkung (Darstellung als THG-Minderung, PEV, EEV Reduktion)
- Bsp. Energieeffizienz Netzwerke (siehe Präsentation)

Anmerkung von Abteilungsleiter Dr. Sach: Die Ergebnisse werden in den Klimaschutzbericht 2016 der Bundesregierung integriert und im Rahmen der nächsten Sitzung des Aktionsbündnis ´ Klimaschutz mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Aktionsbündnisses diskutiert

Anschließende Diskussionsrunde:

Bank	Person/Institution	Inhaltliches Statement
KOMMUNEN	Dr. Dag Schulze Klima-Bündnis e.V.	<ul style="list-style-type: none"> • Wie werden Infrastrukturmaßnahmen und Kommunikationsmaßnahmen bewertet? Programmwirkung greift hier zu kurz. • Hinweis: Ein über NKI finanziertes Bilanzierungstool wurde entwickelt. Dies soll nun in Kommunen eingesetzt werden, sollte komplementär eingespeist werden; auch qualitative Bewertung notwendig.

BUNDESLÄNDER	<p>Dr. Svea Wiehe</p> <p>Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Klimaschutzgesetz in BW <ul style="list-style-type: none"> ○ Wichtiges Umsetzungsprogramm ○ Parteien haben an 40% Reduktions- Ziel festgehalten • Aktuelle Schätzungen zeigen, dass Emissionen nicht im Umfang zurückgehen, sondern teilweise gestiegen sind • Monitoring-Kommission konstatiert zum Monitoringbericht der Bundesregierung im Jahr 2015, dass eine Verdreifachung der Ambitionen notwendig ist. • Der Ansatz einer Quantifizierung wird und die damit auch verbundene Transparenz wird ausdrücklich begrüßt • Um adäquate Umsetzung der Maßnahmen sicherzustellen, ist die Unterstützung des Aktionsbündnis ´ erforderlichlich • Der Ausbau erneuerbarer Energien muss ambitionierter sein und die fortschreitende Elektrifizierung in den Bereichen Wärme und Verkehr berücksichtigen • Die Einrichtung eines runden Tisches um mögl. Pfade diskutieren könnte sinnvoll sein • Wärme <ul style="list-style-type: none"> ○ Stagnation des Anteils erneuerbarer Energien muss überwunden werden ○ auch bei ambitionierter Umsetzung NAPE wird Ziel nicht erreicht (Aufstockung Fördermittel, Steigerung Sanierungsrate), Mittelabfluss muss sichergestellt werden ○ weitere Instrumente: Verpflichtung zur Nutzung erneuerbarer Energien in Gebäudebestand • Verkehr <ul style="list-style-type: none"> ○ Bei der Umsetzung erhebliche Defizite; hier mehr Anreize erforderlich ○ Im bisherigen Tempo kaum möglich Ziel zu erreichen, nötige Maßnahmen für 2020 müssen umgesetzt werden
MITTELSTAND	<p>Michel Durieux</p> <p>ZDH</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Gibt es zwei separate Bewertungen, eine für das APK 2020 und eine für den NAPE?
GEBÄUDE	<p>Corinna Merzyn</p> <p>Verband Privater Bauherren e.V.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Auch niederschwellige und geringinvestive Maßnahmen sollen als Vorbild-Maßnahmen des Staates umgesetzt und kommuniziert werden.

3. Sitzung Aktionsbündnis Klimaschutz im Maritim Hotel, Friedrichstrasse 151, Saal II in 10117 Berlin am 12. April 2016 von 09:00 bis 16:00 Uhr

UMWELT	Christiane Averbeck Klima-Allianz Deutschland	<ul style="list-style-type: none"> Wie werden niedrige Energiepreise berücksichtigt?
ENTWICKLUNG	Jan Kowalzig Oxfam	<ul style="list-style-type: none"> Sind die Maßnahmen auch geeignet, um auf Transformationspfad zu führen mit Blick auf 2030/2050?
LAND- /FORSTW IRT- SCHAFT	Bettina Porth ZDS	<ul style="list-style-type: none"> Inwieweit findet eine sozio-ökonomische Folgenabschätzung statt?
WISSEN- SCHAFT	Dr. Ralph Harthan Öko-Institut	<ul style="list-style-type: none"> Maßnahmenwirkung basiert auf einer Aktivität, Energieeffizienz Netzwerke waren nur ein Beispiel, teils kommen andere Modelle zum Einsatz Bewusstseinsbildende Maßnahmen: teils nicht quantifizierbar, auch flankierende Maßnahme Energiepreise: tatsächlicher Mittelabfluss wird betrachtet; gibt kein Mechanismus, wie das abgebildet wird, aber niedrige Energiepreise spiegeln sich z.B. im Mittelabfluss wieder, indem es sich auf Investitionsentscheidung niederschlägt
WISSEN- SCHAFT	Dr. Barbara Schlomann Fraunhofer ISI	<ul style="list-style-type: none"> NAPE ist formal Teil des APK 2020, daher keine zwei Prozesse der Quantifizierung der THG-Minderungswirkung Sozio-ökon. Folgewirkung nicht explizit in dieser Studie betrachtet, aber es gibt zwei andere Studien, die in Kürze veröffentlicht werden, die makroökonomische Aspekte berücksichtigen. Langfristigkeit der Wirkung, Beitrag für den Transformationspfad / transformative Wirkung wichtig zu berücksichtigen aber nicht Hauptfokus des Projektes
<p>Anmerkungen Abteilungsleiter Dr. Sach: In anderen Studien: Verweis auf transformative Wirkung. Konkrete Zahlen werden im Oktober aufgezeigt.</p> <p>Erwartungen und Ziele des Aktionsbündnisses sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Konkrete Handlungsoptionen identifizieren - Potenziale aus Studien aktivieren - Gesellschaftliche Eigeninitiative - Daher neues Beteiligungsformat geschaffen, - fokussierter Austausch, Akteure zusammenführen. - Nicht nur mit BMUB diskutieren, sondern Akteure untereinander 		

Anregungen wie werden wir aktionsorientierter, konkreter?		
ENERGIE	Katharina Klein BDEW	<ul style="list-style-type: none"> • Abgestimmte Position der Bank zum Umsetzungsstand <ul style="list-style-type: none"> ○ KWK (EU Notifizierung fehlt noch, daher kein Neu-/Ausbau und keine Klimawirkung) ○ EEG 2016, Steuerungswirkung über „Windformel“, Mindestmengen definieren (abweichende Meinung: Ausbaukorridor noch oben anpassen) ○ NAPE Arbeitsgruppen positiv gelaufen, aber Umsetzung schleppend: z.B. Energieberatung, zugelassene Energieberater, Stadtwerke nicht zugelassen ○ An vielen Stellen gibt es zeitliche Verzögerung ○ Bei Quantifizierung der Wirkung für die Erstellung des Aktionsprogramms scheint der Zeitplan der Umsetzung und ggf. damit verbundene verzögerte Wirkungen nicht ausreichend berücksichtigt zu sein
KOMMUNEN	Cornelia Rösler Deutsches Institut für Urbanistik	<ul style="list-style-type: none"> • Diskussionsformat besser, auch Feedback der vortragenden Bank; • Bei Themenvorbereitungen durch Bänke sollte noch deutlicher herausgearbeitet werden, wo Konsens und Dissenspunkte liegen • Die Bank übergreifenden Diskussionen sollten weiter intensiviert werden
GEBÄUDE	Dr. Christian Osthus IVD Bundesverband der Immobilienberater Makler, Verwalter und Sachverständige e. V.	<ul style="list-style-type: none"> • Aktueller Hinweis: Gesetzentwurf Justizministerium, in 2. Mietrechtsreform wurde vereinbart, dass Energieeffizienz nicht durch andere Vorhaben konterkariert wird.
UMWELT	Christiane Averbeck Klima-Allianz Deutschland	<ul style="list-style-type: none"> • Diskussionsformat der Sitzung positiv • Inhaltlich sollte Kohleverstromung mit auf die Agenda gesetzt werden.

3. Sitzung Aktionsbündnis Klimaschutz im Maritim Hotel, Friedrichstrasse 151, Saal II in 10117 Berlin am 12. April 2016 von 09:00 bis 16:00 Uhr

MITTELSTAND	Michel Durieux ZDH	<ul style="list-style-type: none"> • Mittelstandsinitiative Energiewende, wurde verlängert, Ziel des DIHK und ZDH ist, Mobilitätsmanagement in Betrieben zu etablieren. In den Jahren 2012-2015: 700 Beratungen durchgeführt wodurch 7.000 tCO₂ eingespart werden konnten • Darüber hinaus sollen mit dem im laufenden Jahr gestarteten Projekt Klimaprofi für den Mittelstand, 8.200 tCO₂ eingespart werden • Das Beratungsprogramm zum Sanierungsfahrplan Gebäude wird von DIHK/ZDH unterstützt. Kritisch werden allerdings die Förderbedingungen gesehen, da bei einer Förderung über das BAFA Programm einige Akteure ausgeschlossen sind • Weiterbildungsangebot zu Erfahrungsaustausch im Rahmen der Handwerksinitiative „Energieeffizienz“ ist mittlerweile abgeschlossen,
BUDNES-LÄNDER	Martin Krings MKULNV, NRW	<ul style="list-style-type: none"> • Der derzeitige Entwurf zur EEG-Novelle wird kritisch gesehen • Vom bisherigen Ausbaurridor Wind sollte nicht abgerückt werden • Ein einseitiger Ausbau der Windkraft in Norddeutschland erscheint nicht sinnvoll, eine Anpassung zu Gunsten der Binnenlandstandorte sollte erfolgen. • Akteursvielfalt sollte auch weiterhin sichergestellt werden
ENERGIE	Jürgen Kukuk Arbeitsgemeinschaft für sparsamen und umweltfreundlichen Energieverbrauch e. V.	<ul style="list-style-type: none"> • Im Zuge der Zusammenlegung von EnEV und EEWärmeG sollte frühzeitig eine Verbändebeteiligung erfolgen • In diesem Zusammenhang sind die derzeit gültigen Primärenergiefaktor sehr kritisch zu bewerten, da sie nur bedingt Aussagen zu Kosten und Effizienz beinhalten und auch keine Aussage zur Klimawirksamkeit zulassen
ENERGIE	Björn Schreinermacher Der Energieeffizienzverband für Wärme, Kälte und KWK e.V.	<ul style="list-style-type: none"> • Ausstehende EU Notifizierung des KWKG; EFRE Mittel stehen bereit, aber Unsicherheit über KWK; • Problem, Umsetzung Contracting; die nach der WärmelieferVO anzuwendenden Pauschalwert entsprechen nicht der Praxis • EnEV: kein zeitnahe Wechsel notwendig in der Bewertungspraxis (unterschiedliche Ansichten in Bank)
LAND-FORSTWIRT-SCHAFT	Steffen Pinggen Deutscher Bauernverband e. V.	<ul style="list-style-type: none"> • Bank wünscht ein Rückmeldung vom BMUB wie mit Vorschlägen der Bank LuF zu den vorgestellten 10 Themenfeldern umgegangen wird und wie diese in den Prozess eingespeist werden.

3. Sitzung Aktionsbündnis Klimaschutz im Maritim Hotel, Friedrichstrasse 151, Saal II in 10117 Berlin am 12. April 2016 von 09:00 bis 16:00 Uhr

LAND- /FORSTWIRTSCH AFT	Reinhild Benning Germanwatch e.V.	<ul style="list-style-type: none"> • Konsensmaßnahmen haben häufig nicht die Klimawirkung, während Dissensmaßnahmen höhere Wirkung erzielen könnten. Welche Maßnahmen können von der Bundesregierung aufgegriffen werden? • Ansätze könnten beispielsweise im UFOPLAN aufgegriffen werden • Kennzeichnung bei Fleisch in Bezug auf Haltungform (ähnlich wie bei Eier) sinnvoll • dadurch höhere Wertschöpfung z.B bei Weidehaltung und anderen extensiven und für das Tierwohl förderliche Haltungsverfahren
VERKEHR	Gerd Lottsiepen VCD	<ul style="list-style-type: none"> • Vielzahl an Maßnahmen eingereicht im Vorfeld des APK 2020, nur wenige haben Eingang ins APK 2020 gefunden. • Wie verbindlich ist Ziel, wenn mit der Quantifizierung festgestellt würde, dass es nicht erreicht wird? • Sollen in diesem Fall weitere, zusätzliche Maßnahmen umgesetzt werden? • Weiterarbeit in Bänken: Je konkreter auf Maßnahmen, desto konstruktiver kann Zusammenarbeit werden.
GEBÄUDE	Corinna Merzyn Verband privater Bauherren e.V.	<ul style="list-style-type: none"> • Produktneutralität bei energetischer Beratung, im Rahmen der nächsten Sitzung sehr kritisch, Problem der Glaubwürdigkeit der Verbraucher • Das Beispiel Mietrecht mit möglichen negativen Rückkopplungen auf den Klimaschutz zeigt, dass solche Wechselwirkungen konsequenter mit berücksichtigt werden müssen • Im Gebäudebereich sollten unbedingt auch die Ergebnisse des Bündnisses für bezahlbares Wohnen beachtet werden • Die Bedeutung gering investiver Maßnahmen wird häufig unterschätzt • Ebenfalls unterschätzt bzw. nicht ausreichend berücksichtigt, die Bedeutung des Bauens für die Altersvorsorge • Positive Einschätzung zum offenen Verfahren • Es sollte frühzeitig geklärt werden, ob dieses Format – ggf. auch ohne Sprecherrollen in den jeweiligen Bänken – weitere fortgeführt werden soll
Anmerkungen Abteilungsleiter Dr. Sach: Das Format im Grundsatz soll beibehalten werden, allerdings hat sich gezeigt, dass eine offenere Diskussion den Prozess befruchten kann.		
UMWELT	Florian Schöne Deutscher Naturschutzring	<ul style="list-style-type: none"> • Anregungen für weitere inhaltliche Schwerpunkte – als mögliche Alternative zur Vorbereitung von „Bankthemen“ • Kohleausstieg • Bundesverkehrswegeplan

3. Sitzung Aktionsbündnis Klimaschutz im Maritim Hotel, Friedrichstrasse 151, Saal II in 10117 Berlin am 12. April 2016 von 09:00 bis 16:00 Uhr

WISSEN- SCHAFT	Matthias Duwe Ecologic Institute	<ul style="list-style-type: none"> • Die Erfahrungen der aktuellen Beteiligungsprozesse sollten auch auf EU-Ebene gespiegelt werden einspeisen
VER- BRAU- CHER	Ulrich Ropertz Deutscher Mieterbund	<ul style="list-style-type: none"> • Mieterhöhung sollen sozial-gerechter gestaltet werden soll • BBSR: Investitionskosten in energetische Gebäudesanierung spürbar gesunken
<p>Anmerkungen Abteilungsleiter Dr. Sach:</p> <p>Die eingebrachten Vorschläge und Hinweise werden durch die Bundesregierung im Zuge der Umsetzung der Maßnahmen des Aktionsprogramms geprüft. Eine Rückmeldung hierzu wird ebenfalls in Aussicht gestellt.</p> <p>Besonderen Dank an die Bank Land-/Forstwirtschaft und die Bank Wirtschaft. Die Bank Landwirtschaft hatte ein erfolgreicherer Modell. Dies wird in der Bank Wirtschaft wieder aufgegriffen.</p> <p>Die nächste Sitzung des Aktionsbündnis ´ Klimaschutz findet im Herbst 2016, am 06.Oktober statt. Der Schwerpunkt der Sitzung ist der Klimaschutzbericht. Dieser wird vorab zur Verfügung gestellt. Auch werden die Bank Mittelstand/KMU/Handwerk und die Bank Gebäude Beiträge erarbeiten. In die Vorbereitung sollen auch andere Bänke einbezogen werden. Das BMUB unterstützt die Vorbereitung gerne durch eine externe Moderation oder Logistik.</p>		